

14. 11. 2024

## Ein starkes Zeichen für die Zivilcourage

3000 Teilnehmer engagierten sich heuer beim Menschenrechtssymposium

**BEZIRK PERG.** Mit 38 Veranstaltungen und 3000 Teilnehmern setzte am vergangenen Wochenende das Menschenrechtssymposium in der Bewusstseinsregion Mauthausen - Gusen - St. Georgen ein unübersehbares Zeichen für die Stärkung der Menschenrechte. Inhaltlicher Schwerpunkt der bereits achten Auflage dieser rund um den Jahrestag der Novemberpogrome durchgeführten Veranstaltung war der Artikel Sieben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mit dem Schwerpunkt Diskriminierung und Verhetzung. Diskutiert wurde über Demokratie, Vorurteile, Lebensrealitäten, Vielfalt, Zivilcourage und Rechtsradikalismus.

### Beiträge vieler Jugendlicher

Besonders stark ausgeprägt war heuer die Teilnahme der Schulen aus der Region. 34 Schulklassen und Jugendgruppen hatten bereits Wochen vor der Veranstaltung 42



Enthüllung des neuen Mahnmals für die Opfer der Mühlvierter Menschenhatz in Schwertberg.

Foto: Farnaz Karimi

Workshops und Ausstellungsbesuche durchgeführt. 700 Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge sowie 40 Lehrerinnen und Lehrer waren dabei für die Achtung der Menschenwürde im Einsatz. Ein Höhepunkt des Symposiums stellte am Schlußtag die Eröffnung des Mahnmals in Schwertberg mit un-

ter die Haut gehenden Beiträgen der Mittelschule Schwertberg dar.

### Gemeinsame Schlusserklärung

Das große Engagement der Beteiligten zeigt sich in der erarbeiteten Abschlusserklärung. „Vor dem Hintergrund unserer Geschichte, von der die Bewusstseinsregion extrem betroffen war, sind die Menschenrechte eine unverzichtbare Basis für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben.“ Umso betroffener sei man daher, dass 80 Jahre nach dem Ende des NS-Terrorregimes Teile der Menschenrechtskonvention offen in Frage gestellt würden. Deshalb fordern die Teilnehmer des Symposiums, demokratiepolitische Bildungsarbeit und Medienpädagogik deutlich zu verstärken, Armut und gesellschaftliche Ungleichheit abzubauen und einen Ausbau des Gewaltschutzes für Frauen zu forcieren.